

Luzerner Tagblatt

**Scharfe Kreuzverhöre
im El-Al-Prozess**

Bauernhofbrand in Malters

**Große Streikwelle
bedroht England**

3

15

LM



Der tägliche Blutsoll der Straße

Gestern Montag hat sich auf der Weinlandsstraße zwischen Winterthur und Schaffhausen ein schwerer Verkehrsunfall ereignet, der drei noch unbekannte Tote und einen Verletzten forderte und beträchtlichen Sachschaden zur Folge hatte. Kurz nach 6 Uhr fuhr ein Kleinwagen mit deutscher Nummer auf der N 4 Richtung Schaffhausen. Bei der Verzweigung Oerlingen/Trüllikon geriet das Auto aus noch nicht abgeklärter Ursache auf die linke Straßenseite und stieß frontal gegen einen korrekt aus der Gegenrichtung nahenden Personenwagen. Der Kleinwagen geriet in Brand und glühte buchstäblich aus. Alle drei Insassen, deren Namen noch nicht bekannt sind, fanden den Flammentod. Da ihre Leichen verkohlt sind, gestaltet sich die Identifizierung äußerst schwierig. Der Lenker des korrekt entgegenkommenden Autos wurde verletzt ins Kantonsspital Winterthur eingeliefert. Seine Verletzungen sollen nicht schwerer Natur sein. *Photopress*

Scharfer Protest des Bundesrates gegen die algerische Regierung

Der Bundesrat hat gestern Montag Vorwürfe der algerischen Regierung in bezug auf das El-Al-Strafverfahren als eine unzulässige Einmischung in ein in der Schweiz laufendes Gerichtsverfahren und damit in innerschweizerische Angelegenheiten auf das entschiedenste zurückgewiesen. Gleichzeitig ist der Botschafter Algeriens vom Vorsteher des Politischen Departementes zitiert und mit der Weiterleitung eines Protestes des Bundesrates gegen das Vorgehen der algerischen Regierung beauftragt worden.

Insbesondere hat der Bundesrat mit größtem Erstaunen von den Erklärungen des algerischen Außenministers Bouteflika Kenntnis genommen, hat dieser doch am 28. November Uno-Generalsekretär U Thant um Intervention ersucht, nachdem er tags zuvor auch den schweizerischen Botschafter in Algier vorgeladen hatte. Abd El-Asis Bouteflika hat überdies die schweizerischen Behörden in einem Brief an den Präsidenten der Uno-Menschenrechtskommission beschuldigt, bei der Untersuchung «das Gesetz in flagranter Weise verletzt» zu haben. Die Schweiz nehme «gegen das Recht des palästinensischen Volkes zur Wiedereroberung seiner Heimat» Stellung. Die Menschenrechtskonvention solle «sich dafür einsetzen,

daß die Rechte der Angeklagten im Winterthurer El-Al-Prozess gewahrt» bleiben. — Zudem haben am letzten Freitag die Botschafter Algeriens und Tunesiens im Auftrag der arabischen Missionsschefs in Bern bei Bundesrat Spühler vorgeschrieben, um sich gegen die in Winterthur bekanntgegebene Version der Einfuhr von Waffen für die El-Al-Attentäter in arabischem Diplomatengepäck zu wenden — eine Angelegenheit, die Gegenstand einer weiteren Erklärung des Bundesanwaltes bildet, welche vom Schwurgerichtspräsidenten in Winterthur verlesen wird. — Grundsätzlich ist auch festzuhalten, daß sich der Bundesrat strikte an die Gewaltentrennung halten muß und sich daher nicht in das laufende Strafverfahren einmischen darf. (ag/UP1)

Haager Konferenz über Erweiterung der EWG

Am Montag ist das Gipfeltreffen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft eröffnet worden, von dem man wichtige Entscheidungen über «Vollendung, Vertiefung und Erweiterung» des Gemeinsamen Marktes erhofft

Den Haag, 1. Dez. ag. (DPA) Im historischen Rittersaal von Den Haag eröffnete der holländische Ministerpräsident Piet de Jong am Montag die zweiteitige Gipfelkonferenz der EWG-Länder mit einem Appell an die Regierungschefs, sich ihrer Verantwortung gegenüber den europäischen Völkern bewußt zu sein. Die Rede de Jongs bildete den Auftakt zu einem Treffen, von dem neue Impulse für die Europapolitik erwartet werden.

Bundeskanzler Willy Brandt schlug

vor, Großbritannien und die anderen Beitrittskandidaten darüber zu informieren, daß die Beitrittsverhandlungen im Frühjahr 1970 beginnen können. Er könne «nicht ohne konkrete Vereinbarungen in der Frage der Erweiterung der Gemeinschaft nach Bonn zurückkehren».

Brandt wandte sich direkt an Pompidou mit den Worten: «Wenn Frankreich unseren klaren Willen, die Gemeinschaft zu vollenden und auszubauen, heute mit dem Vertrauen beantwortet, dessen es zur Erweiterung bedarf, dann ist das für uns ein Grund zur Genugtuung. Ohne England und die anderen beitragsbereiten Staaten kann Europa nicht werden, was es sein soll und was es sein kann.»

Die Regierungschefs und ihre Außenminister wurden bei ihrer Ankunft mit Trommelwirbel und den Nationalhymnen begrüßt. Um den Rittersaal herrschte eine Stunde vor Konferenzbeginn eine Art «Belagerungszustand». Rund 2000 zumeist jüngere Mitglieder der Europa-Organisationen traten mit Sprechchören, Liedern und Spruchbändern für die politische Einigung Europas ein. Eine Abordnung rief den Regierungschefs zu: «Wir wollen Europa». Als Bundeskanzler Brandt aus seinem Wagen stieg, wandte er sich mit einer zustimmenden Geste den Demonstranten zu.

Präsident Pompidou, der als letzter Delegationschef eintraf, schritt nach Anhören der «Marseillaise» mit unbewegter Miene die Stufen zum Konferenzsaal hinauf.

Nach Meinung Brandts liegt es im europäischen Interesse, auch das künftige Verhältnis zu anderen Mitgliedern der Efta nicht außer acht zu lassen. Brandt erwähnte in diesem Zusammenhang Österreich und die Schweiz.

In bezug auf Schweden sprach Brandt von einer noch offenen Frage, die das Land in engem Kontakt mit den anderen skandinavischen Ländern letztlich nur selber beantworten könne. Diese Staaten sollten nach Auffassung Brandts frühzeitig ihre Wünsche vortragen und über deren Möglichkeiten Auskunft erhalten. Zu diesem Zweck schlug der Bundeskanzler eine gemeinsame Gesprächsrunde mit den Beitrittskandidaten und den anderen Formen der Zusammenarbeit interessierten Ländern vor.

Ferner regte Brandt an, daß die Außenminister einen Vereinbarungsentwurf für eine schrittweise Entwicklung der politischen Zusammenarbeit unter den Mitgliedstaaten anfertigen. Im Augenblick käme es darauf an, die Haltung zur Thematik einer gesamt-europäischen Konferenz gut aufeinander abzustimmen.

Gespanntes Interesse in England

Selten hat man auf den Britischen

Inseln einer europäischen Konferenz mit solcher Spannung entgegengesehen und von ihr so gute Rückwirkungen auf das eigene Land erwartet wie vom EWG-Gipfel im Haag. Im Foreign Office, das seit de Gaulles Veto der beharrlichste Verfechter der britischen Europapolitik war, ist man voll ruhiger Zuversicht, und angesichts der engen Beziehungen mit Paris und anderen Hauptstädten der EWG voll Optimismus für ein endlich ausgesprochenes Ja zum EWG-Beitritt der vier Kandidaten England, Norwegen, Dänemark und Irland sowie zur Einigung auf baldige Aufnahme von Verhandlungen.

Nach den Indiskretionen der jüngsten Zeit befürchtet man in Whitehall nur, daß die Beauftragten des Kommissionspräsidenten, des Belgiens Jean Rey, mit den Aufnahmeverhandlungen eine Verzögerung der Verhandlungen bedeuten könnte, weil bei jeder Unklarheit zunächst wieder Rückfragen bei den einzelnen Regierungen der «Sechs» gestellt bzw. der bindende Entscheid des EWG-Ministerrats wieder eingeholt werden müssen.

Das Haager Treffen soll die Antwort für die Zukunft der Gemeinschaft geben. Dann wird England die gleich bedeutsame Frage beantworten müssen, ob es seiner Regierung und Bevölkerung wirklich ernst ist mit der Uebernahme aller aus dem EWG-Beitritt resultierenden Rechte, Pflichten und Verantwortungen.

Der «Guardian» hat das britische Dilemma in folgenden Sätzen ausgedrückt: «Nach dem übereinstimmenden Willen der prominenten Politiker beider Parteien Englands soll Westeuropa in eine Supermacht verwandelt werden, doch die souveräne Autorität des britischen Parlaments und der Regierung darf nicht angetastet werden. In der Praxis kann sich jedoch eine Sammlung von Nationalstaaten ohne zentrale Institutionen und eine Zentralregierung weder in eine mittlere Macht, geschweige denn in eine Supermacht verwandeln.»

Werner G. Krug (London)

Forderungen europäischer Bauern

(AFP) Der Ausschuss der berufständischen landwirtschaftlichen Organisationen der EWG ist im Namen der Landwirte an die im Haag versammelten Regierungschefs gelangt. Der Präsident des Copa (Comité des Organisations professionnelles agricoles), Jean Deleau, unterstrich die «prinzipiell zustimmende Haltung» der Bauern zur Erweiterung der EWG. Eine solche Erweiterung dürfe aber weder den Gemeinsamen Markt schwächen noch die Ziele der gemeinsamen Landwirtschaftspolitik gefährden. Das Copa wendet sich auch entschieden gegen Absichten, die auf Preissenkungen bei Getreide, Milch und Zucker hinausläufen.

Europa-Airbus geht in die Fertigung

Entscheidung über die Triebwerke gefallen

Der Entschluß der britischen Regierung, sich nicht weiter an der Entwicklung des Europa-Airbus zu beteiligen, wird nicht verhindern, daß von 1973 an die ersten «A 300-b» je 250 Passagiere auf Kurz- und Mittelstrecken des Kontinents mit mehr als 900 Stundenkilometern Geschwindigkeit befördert werden. Die deutsche Flugindustrie hat bereits mit der Fertigung der ersten Bauelemente für den zweistrahligen Düsenriesen begonnen.

Neu ist die Entscheidung über die Triebwerke. Von drei Möglichkeiten, die zur Wahl standen, erklärte man sich für das bereits fertige Turbofan-Mantelstrom-Triebwerk CF 6 der General Electric Company, das zurzeit stärkste der Welt. Die hohen Kosten für die Triebwerkentwicklung entfallen damit. Für eine parallel zu entwickelnde Langstreckenversion ist das englische Rolls-Royce-Triebwerk «Rb 211» vorgesehen, das allerdings noch nicht fertig ist. An dem deutsch-französischen Gemeinschaftsprojekt beteiligen sich Holland mit etwa sechs Prozent und innerhalb der deutschen Beteiligung als Lieferant die britischen Hawker-Siddeley-Werke mit hoher finanzieller Eigenleistung. Holland gibt seinen Fokker-Werken einen zinsfreien Vorschuß von 45 Millionen Gulden und übernimmt eine Bürgschaft für weitere 45 Millionen Gulden.

Die Deutsche Airbus GmbH rechnet mit dem Erstflug für Ende 1972 und mit der Auslieferung an die Kunden ab Herbst 1973. Der Name «A 300-b»

ist freilich noch nicht endgültig. Feste Bestellungen liegen bisher nicht vor, doch laufen Verkaufsverhandlungen. Die ersten Optionen dürften bald erteilt werden, wie Ministerialrat Reichardt vom Bundeswirtschaftsministerium vor der Luftfahrtpresse ankündigte. Der Airbus genieße unter den von der Bundesregierung gestützten Luftfahrtprojekten Priorität. Die Entwicklung einer Landstreckenversion begründete der Beamte damit, daß sonst potentielle Kunden verloren gingen. Die Mehrkosten beziffert er auf 60 bis 80 Millionen Mark. Das große Interesse der Amerikaner an dem Airbus-Projekt zeigt sich darin, daß ein Unternehmen in den Vereinigten Staaten bereit ist, sofort eine größere Anzahl von Airbussen zu bestellen, wenn sie mit einem bestimmten Triebwerk — wohl «CF 6» — ausgerüstet werden. Der Airbus wird bei einer maximalen Reichweite von 2200 Kilometern in erster Linie auf Kurz- und Mittelstrecken wirtschaftlich fliegen.

Auf deutscher Seite sind an der Entwicklung die in der Deutschen Airbus GmbH zusammengeschlossenen Firmen Messerschmitt-Bölkow-Blöhm, Dornier und Vereinigte Flugtechnische Werke (VFW) beteiligt. Sie bauen einen Teil des Rumpfs und das Leitwerk. Die Franzosen, die ebensoviel wie die Deutschen (47 Prozent) zu den Kosten beitragen, bauen den anderen Teil des Rumpfs und das Cockpit. Die Hawker-Siddeley- und die Fokker-Werke teilen sich in den Bau der Flügel. Alfons Karr (Bonn)



Kritik Kairos am Athener Anschlag

Kairo, 1. Dez. (UPI) Die offizielle Kairoer Zeitung «Al Ahras» hat den Bombenanschlag jordanischer Widerstandskämpfer auf das Athener Büro der israelischen Fluggesellschaft El Al kritisiert. In einem Leitartikel schrieb der ägyptische Kommentator Ahmed Baha Eddin: «Ich bin gewohnt zu sagen, daß es eine schmale Linie gibt, die Zwischenfälle trennt, die günstige Reaktionen einbringen und die Feindseligkeit entstehen lassen.» Wenn eine europäische Frau oder ein Kind getötet würden, so werde sich die Reaktion sicherlich gegen die palästinensische Widerstandsbewegung wenden und die israelische Propaganda unterstützen. «Ich befürchte, genau dies ist bei dem Anschlag in Athen geschehen.» — Unser Bild zeigt die beiden Attentäter, Eli Dergarabetian (vorn) und Mourat Tzouzassch (hinten), die hier vor den Untersuchungsrichter geführt werden. Keystone

Griechische Maßnahmen gegen Palästinenser

(AFP) Der griechische Außenminister Pipinelis hat den Botschaftern von zwölf arabischen Staaten gegenüber erklärt, daß die griechische Regierung sich gezwungen sehe, Palästinensern ohne Visum die Einreise nach Griechenland zu verbieten.